

Protokoll: Außenpolitik Lettlands

Gespräch mit Vertretern des lettischen Außenministeriums

Riga, 30. Mai 2006

Der Termin im lettischen Außenministerium begann um 11:30 mit einer kurzen Begrüßung des Pressesprechers Herrn Atis Lots. Anwesend waren außerdem Herr Jānis Mažeiks von der Abteilung für Internationale Organisationen und Menschenrechte, Frau Vineta Kleinberga und Frau Dace Sirne als Vertreterinnen der Abteilung für Fragen der Europäischen Union, Herr Ingmārs Bisenieks (Abteilung Sicherheitspolitik) und Frau Terēze Gipsere aus der Abteilung für Wirtschaftsbeziehungen. Teilnahm außerdem Herr Andreas von Below als örtlicher Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nach den einleitenden Worten des Pressesprechers eröffnete Herr Mažeiks die Veranstaltung mit einem Überblick zur Minderheitenpolitik der lettischen Regierung und der Menschenrechtsslage im Land. Nach der politischen Wende sei die Minderheitenpolitik eine der Schlüsselfragen lettischer Innenpolitik gewesen, da der Anteil der Titulnation an der Gesamtbevölkerung von 77% im Jahre 1945 bis 1991 auf 52% zurückgegangen sei. Dementsprechend wären nach dem Erlangen der Unabhängigkeit starke Bemühungen nötig gewesen, um die Letten nicht zur Minderheit im eigenen Land werden zu lassen. Lettisch wurde alleinige Staatssprache und als Staatsbürger nur diejenigen (und deren Nachkommen) anerkannt, die vor 1940 einen lettischen Pass besaßen.

Einbürgern lassen kann sich derjenige, der sich mindestens 5 Jahre im Land aufgehalten hat, sowie einen Sprach- und Sachkundetest erfolgreich absolvierte und somit als „naturalisiert“ gelten kann. Gleichwohl wurden sämtliche internationalen Verträge über die Menschenrechte, insbesondere die Europaratskonvention zu ethnischen Minderheiten, von der lettischen Regierung ratifiziert und wird der aktive Dialog mit der Zivilgesellschaft gesucht. Dies schließt auch ein, dass zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in ihren Bemühungen um die Integration der russischsprachigen Minderheit vom Außenministerium unterstützt würden.

Als nächste Referentin berichtete Frau Kleinberga über die aktuellen Leitlinien lettischer EU-Politik. Nachdem der Beitritt zu NATO und EU jahrelang die tagespolitische Agenda bestimmte, gilt es sich nach dem Erreichen dieses Ziels im Rahmen der internationalen Politik neu zu positionieren. In erster Linie haben folgende europapolitische Themen Priorität:

- Die Schaffung einer wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft durch vollständige Umsetzung der Lissabon-Strategie
- die Öffnung der europäischen Arbeits- und Dienstleistungsmärkte für lettische Staatsbürger
- das Hineinwachsen der EU in eine neue Rolle als globaler Akteur und
- die Fortsetzung des Ratifikationsprozesses des Europäischen Verfassungsvertrages.

Letzterer sei in Frankreich und den Niederlanden nicht wegen seiner Inhalte, sondern wegen des jeweiligen sozial-politischen Kontextes abgelehnt worden. Die lettischen Hoffnungen ruhten in dieser Angelegenheit ganz auf der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Als schädlich für das Projekt eines gemeinsamen Europa bezeichnete Frau Kleinberga das bilaterale Pipelineprojekt Deutschlands und Russlands in der Ostsee, da dies nicht zu einer Vertiefung der Beziehungen zu den neuen Mitgliedsstaaten beitrage. Der für ursprünglich zum 01. Januar 2008 geplante Beitritt zur gemeinsamen europäischen Währung musste als unrealistisch verworfen werden und ist nun für das Jahr 2010 anvisiert. Jedoch wird auf eine Aufweichung der Maastricht-Kriterien gehofft, da auch Mitglieder der alten EU-15 trotz hoher Inflation Mitglieder der Euro-Zone geworden wären. Hier würde offenbar mit zweierlei Maß gemessen.

Im Folgenden sprach Herr Bisenieks zur sicherheitspolitischen Rolle Lettlands innerhalb der NATO und EU. Nach 1991 seien Fragen der Sicherheit bestimmend für die lettische Außenpolitik gewesen. Der Beitritt zur NATO (02.04.2004) sei als „Rückkehr in den Westen“ von symbolischer Bedeutung, habe jedoch praktisch noch keine Folgen gehabt, da sich die lettischen Truppen, wie auch die gesamte NATO, im Umbau befinden. Zum Abschluss seiner kurzen Erläuterung mache Herr Bisenieks deutlich, dass für Lettland nur eine Integration in EU *und* NATO denkbar gewesen sei. Daher müsse das nordatlantische Bündnis und mit ihm die USA als wichtiger Partner Lettlands ein fester Bestandteil europäischer Sicherheitspolitik bleiben.

Anschließend ging Frau Sirne in ihrer Eigenschaft als Deutschlandreferentin im Außenministerium auf die bilateralen Beziehungen Lettlands zur Bundesrepublik ein.

Deutschland sei der größte und wichtigste Handelspartner Lettlands, wobei traditionell eher die nördlichen Bundesländer eine bedeutende Rolle spielen; mehr Kontakte mit dem deutschen Süden sein aber durchaus erwünscht. Beide Regierungen hätten zudem ähnliche Vorstellungen im Hinblick auf den Europäischen Verfassungsvertrag und zur Energiepolitik. Abschließend hob Frau Sirne hervor, dass Deutschland in den 1990er Jahren ein verlässlicher „Anwalt“ der baltischen Staaten in Bezug auf deren angestrebten EU-Beitritt gewesen sei und die Beamtenausbildung unter anderem im Rahmen des Treptower Programms erheblich gefördert hätte.

Nun übernahm Herr Lots und verlor einige Worte über die schwierigen Beziehungen zum großen Nachbarn Russland. Er erwähnte den Abschluss mehrere bilateraler Abkommen zwischen beiden Staaten seit Mitte der 1990er Jahre und betonte, dass Lettland an einem sachlichen Dialog interessiert sei, die Erfolge einer solchen Politik sich jedoch in Grenzen hielten. Vor allem wirtschaftliche Fragen stünden hierbei im Vordergrund. Die Hoffnungen richteten sich nun auf eine Kooperation auf EU-Ebene, insbesondere innerhalb der Vereinbarung über die Vier Gemeinsamen Räume Russlands und der Europäischen Union. An einer demokratischen Entwicklung des Nachbarn sei man selbstverständlich stark interessiert.

Abschließend referierte Frau Gipsere über die wirtschaftliche Entwicklung Lettlands nach 1991. Bedingt durch die radikale Wirtschaftswende vor 15 Jahren sei die Volkswirtschaft mit einer stabilen Währung und einem Wirtschaftswachstum von 10% im Jahre 2005 heute eine der wettbewerbsfähigsten innerhalb der EU, deren Staaten auch die Haupthandelspartner des Landes sein. Exportiert würden vor allem Holz und Holzprodukte, Textilien und Metallerzeugnisse, während speziell aus Deutschland in erster Linie Maschinen und elektronische Geräte importiert würden. Viele deutsche Unternehmen hätten Produktionszweige in Lettland errichtet, doch umgekehrt hätten auch lettische Investoren Deutschland entdeckt, wenn auch noch auf niedrigem Niveau. Frau Gipsere endete mit einem Hinweis auf die Deutsch-Baltische-Handelskammer, die ein voller Erfolg geworden sei.

Da die zur Verfügung stehende Zeit knapp bemessen war, ließ Herr Lots im Anschluss an die Präsentation nur vier Fragen zu. Die erste zielte auf den Stand der Vorbereitungen Rumäniens und Bulgariens vor ihrem angestrebten Beitritt zur EU. Herr Lots meinte, dass beide Staaten alle Beitrittsbedingungen erfüllt und Lettland sogar schon seinen Arbeitsmarkt für Staatsangehörige beider Länder geöffnet habe. Allerdings stelle sich vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen und weiterer Anwärter die Frage nach den Grenzen Europas. Darauf auf baute die nächste Frage,

wie die Stellung des Außenministeriums zum angestrebten EU-Beitritt der Türkei sei. Hier, antwortete der Pressesprecher, hat Europa die Verhandlungen zwar eröffnet, das Ende dieses Prozesses sei jedoch offen. Außerdem müsse die Integrationsfähigkeit der EU beachtet werden.

Als Nächstes wurde aus dem Publikum das Problem der häufigen Regierungswechsel für eine kontinuierliche Außenpolitik aufgeworfen. Hierauf entgegnete Herr Lots, dass Ministerialbeamte von Regierungswechseln grundsätzlich nicht betroffen wären. Außerdem seien alle Regierungen seit 1991 Mitte-Rechts zu verorten gewesen und die außenpolitischen Ziele daher konstant geblieben. Abschließend wurde nachgehakt, wie die Regierung die konfrontative Politik Polens gegenüber Russland sehe. Darauf antwortete der Pressesprecher, dass bei entsprechenden Gründen eine Zusammenarbeit mit Polen auf dem Gebiet der Russlandpolitik durchaus gewünscht sei. Für Lettland sei dies deshalb von Vorteil, weil Polen, allein durch seine Größe, innerhalb der EU eher Gehör fände.

Verfasser: Karsten Mahlberg und Konrad Reinhold